

entsprechendes Miteinanderleben nicht denkbar ist. Wenige Tage vor seinem Tode wurde Immanuel Kant vom Rektor seiner Universität besucht. Er erhob sich mühsam, um den hohen Gast zu begrüßen, und blieb unter großer Anstrengung so lange stehen, bis dieser sich gesetzt hatte. Zur Begründung dieses Aktes der Höflichkeit sagte er: „Das Gefühl für Humanität hat mich noch nicht verlassen.“ Zwar kann in bestimmten Fällen gerade das Durchbrechen oder Beiseitelassen der Form die Voraussetzung dafür sein, starke Empfindungen in ihrer ganzen Fülle direkt zum Ausdruck zu bringen. Viel häufiger jedoch ist Formlosigkeit nur die Folge mangelnder Achtung vor dem Nächsten bzw. bewußtes Mittel der Mißachtung und Provokation. Das wird besonders deutlich bei den Höflichkeitsformen. Man tut sie heute gern als leere Konventionen ab, während sie in Wahrheit dazu dienen, die Persönlichkeit des Mitmenschen zu respektieren, indem man ihn einerseits nicht ignoriert, sondern einen Kontakt zu ihm herstellt, ihm andererseits aber die Chance läßt, Distanz zu halten und sich einem engeren Kontakt zu entziehen. Dagegen läuft betonte Formlosigkeit darauf hinaus, dem anderen die Distanz, die er vielleicht wünscht, zu verweigern. Sie erzeugt eine negative Vertraulichkeit, die seinen Freiheitsraum beschneidet. So wird die Formlosigkeit als eine milde Form von Terror bewußt zur Durchsetzung der Gleichheitsideologie gepflegt. Dabei reagieren

allerdings diejenigen, die sich einer solchen Taktik bedienen, selbst meist sehr empfindlich, wenn sie in Amtsstuben und Wartezimmern eine unhöfliche Behandlung erfahren. Sie wünschen von seiten der Gesellschaft pfleglichste Behandlung ihrer Individualität, glauben aber unter Berufung auf eben diese Individualität der Gesellschaft keinerlei Rücksicht zu schulden. Die humanisierende Wirkung der Umgangsformen besteht also darin, daß sie es ermöglichen, den Willen zur menschlichen Solidarität auch dann zu bekunden, wenn einem gerade „nicht danach ist“. Von keiner einzelnen Konvention und keinem einzelnen Akt der Höflichkeit ließe sich beweisen, daß er für die Humanität unseres Zusammenlebens unentbehrlich sei — so wie sich bei keinem einzelnen Baum, der in einem Wald gefällt wird, eine Veränderung der Landschaft nachweisen ließe. Und trotzdem führt der Abbau der Umgangsformen ebenso zur Enthumanisierung unseres gemeinsamen Lebens, wie der Raubbau in den Wäldern die Verkarstung der Landschaft zur Folge hat. Allerdings darf niemand glauben, daß er dank der Hilfsfunktion von Konventionen sich nicht mehr aus eigener Kraft darum zu bemühen brauche, das Zusammenleben mit seinen Mitmenschen zu pflegen. Nur solange solches Bemühen lebendig bleibt, kann die Form als Brücke der Menschlichkeit dienen. Andernfalls verfällt sie schnell zu bloßer Förmlichkeit und sinnlosem Formalismus.

Gesellschaftliche Verantwortung im Wohlstand

Ein Wort der deutschen Bischöfe zu gesellschaftlichen Mangelerscheinungen unserer Zeit

Die deutschen Bischöfe haben an ihre Gläubigen und an die Öffentlichkeit einen Aufruf gerichtet, in dem sie sich vornehmlich mit Mangelerscheinungen in der gegenwärtigen Wohlstandsgesellschaft befassen. Die Bischöfe fragen vor allem nach dem Preis, den ein Teil der Bevölkerung trotz oder wegen des angewachsenen Lebensstandards und besserer sozialer Sicherung zu zahlen hat. Sie nennen die herausstechenden gesellschaftlichen Krankheitssymptome: die zunehmenden Selbstmordzahlen, das Umsichgreifen von Neurosen und Suchtkrankheiten, geringes Verständnis für Notleidende, Einsame, gesellschaftliche Randsiedler und Minderheiten. Das Dokument, das wir hier im Wortlaut abdrucken, wurde unter Verantwortung der Bischofskommission für gesellschaftspolitische Fragen erarbeitet, von der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz im März d. J. (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 189) im Grundsatz gebilligt, von der zuständigen Kommission nochmals überarbeitet und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz am 6. August veröffentlicht.

In Sorge um das Zusammenleben der Menschen in unserem Land richten wir ein Wort der Besinnung an alle. Wir wollen den Blick auf Fragwürdiges lenken, das sich trotz des Wohlstandes zeigt und das weder durch eine weitere Steigerung des Lebensstandards noch durch gesetzliche Maßnahmen in Ordnung gebracht werden kann. Bewußt beschränken wir uns auf einige Aspekte.

Wir leben im Wohlstand

Vieles von dem, was unseren Wohlstand ausmacht, erscheint uns selbstverständlich. Wir verlangen täglich, ohne uns Gedanken zu machen: einwandfreies Wasser in jeder Menge und an jedem Ort, elektrische Energie für hunderterlei Zwecke, arbeitsparende Geräte an Arbeitsstellen und im Haushalt. Immer mehr Wohnungen sind mit zentraler Beheizung ausgestattet. Nur ein Fünftel der Wohnungen hat noch primitive sanitäre Einrichtungen. In erfreulich großem Umfang haben sich besonders auf dem Lande wohnende Arbeitnehmer Eigenheime schaffen können. Ein breit ausgebautes System von Krankenkassen sichert die Behandlung im Krankheitsfall. Die ge-

setzliche Krankenversicherung garantiert für fast neun Zehntel der Bevölkerung ärztliche Behandlung, Medikamente und Pflege. Die Aufwendungen für Gesundheit müssen pro Jahr auf etwa 50 Mrd. DM geschätzt werden. Jährlich werden allein Körperpflegemittel im Werte von rund 2 Mrd. DM produziert und verbraucht.

Eine Milliarde DM ist soviel, wie rund 750 000 Vierpersonnen-Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens in einem Monat zum Leben haben. Für die tägliche Ernährung steht ein breites Angebot von Nahrungs- und Genußmitteln aus aller Welt zur Verfügung. Die meisten Haushalte können allein dafür zwischen 360 und 460 DM im Monat ausgeben. 112 Mrd. Zigaretten werden in einem Jahr geraucht, 8,2 Mrd. l Bier, 167 Mill. l an „harten Sachen“ und 105 Mill. Liter Schaumwein getrunken.

All das sind Güter und Dienste, die sicher nicht allen zugänglich sind, denn auch in der Wohlstandsgesellschaft haben viele Bürger nur ein geringes Einkommen. Aber in steigendem Maße haben doch sehr viele teil an den Gütern und Diensten. Hinzu kommt, daß Güter des gehobenen Bedarfs weit verbreitet sind. In dem Maße, wie die Realeinkommen in den Haushalten steigen, wird der Anteil der für den Lebensvollzug absolut notwendigen Ausgaben am verfügbaren Einkommen geringer, es wird Geld für den gehobenen Bedarf frei. In jedem zweiten Haushalt stehen ein Radio und ein Fernsehgerät. Zu jedem dritten Haushalt gehört ein Personenkraftwagen. Vier Fünftel der Haushalte besitzen einen Kühlschrank. Jeder zweite Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland nutzt seinen Urlaub zu einer Reise. Auf 11 bis 14 Mrd. DM jährlich wird der Aufwand für Ferienreisen geschätzt.

Das sind imponierende Daten für den Lebensstandard der Menschen in unserem Land. Sehr viele werden, wenn sie sich ehrlich prüfen, zugeben müssen, daß sie in diesem Wohlstand leben. Wenn es aber heißt, daß jeder zweite oder dritte über solche Güter verfügt, so heißt das auch, daß die Hälfte oder zwei Drittel nicht daran teilhaben.

Der Preis für den Wohlstand

Was aber ist der Preis für den Wohlstand des Jahres 1971? Mancher wird fragen: „Was heißt hier Preis?“ Wir haben mit unserem Können und mit unserer Arbeit, mit unserem Fleiß

und unserer Sparsamkeit doch alles verdient, was wir heute haben. Wir haben hart gearbeitet; wir waren voller Initiativen und hatten den Mut zum wirtschaftlichen Wagnis. Wir wissen, daß man im Leben nichts geschenkt bekommt, sondern alles bezahlen muß. Was soll dann die Frage nach dem Preis? Neidet uns etwa jemand die Ferien in Spanien oder Italien, im Schwarzwald oder an der Nordsee, unseren Reichtum, unser Sparkonto, die schöne Wohnung, das Fernsehgerät und den Kühlschrank oder gar unser Auto?

Nein, das alles mißgönnt uns niemand, und dennoch fragen wir noch einmal: Was war der Preis für solchen Erfolg? Versuchen wir auf diese Frage eine Antwort zu geben.

Dem technischen Fortschritt und der wirtschaftlichen Entwicklung verdanken wir zwar den Wohlstand; zugleich aber werden immer mehr Menschen von deren Sog ergriffen. Viele sind überfordert, gehetzt, von Medikamenten abhängig. Immer mehr wird produziert, immer mehr konsumiert. Kaum sind noch Raum und Zeit zur wirklichen Entspannung, zum Atemholen, zur Selbstbesinnung — und das, obwohl die Freizeit in unserer Gesellschaft größer geworden ist und weiter wächst. Der Preis ist weithin Ruhelosigkeit, Verunsicherung und Einsamkeit. Fremd lebt der Mensch neben dem Menschen, der Nachbar kennt den Nachbarn kaum, mancher stirbt unbemerkt nebenan. Jahr für Jahr nehmen sich in der Bundesrepublik fast 13 000 Menschen das Leben; die Zahl der Selbstmordversuche ist bedeutend höher. Die Ziffer der Neurotiker, der Alkohol- und Suchtkranken steigt ständig. Zunehmend flüchten Menschen aus der für sie unerträglichen Wirklichkeit in eine Scheinwirklichkeit, wie sie Hasch oder Alkohol bieten. Jugend, Gesundheit und Schönheit sind Trumpf; nur wer Erfolg hat, gilt etwas in dieser Gesellschaft. Die gehobenen Konsumgüter und die Auslandsreisen werden zum Ausdruck der gesellschaftlichen Geltung und des errungenen Erfolges. Wer nicht mithalten kann, wer alt geworden, gesundheitlich erschöpft oder verbraucht ist, wird beiseite geschoben.

Sicher ist, daß der Freiheitsraum des einzelnen und der Gruppen größer geworden ist als früher. Wie aber wird diese Freiheit genützt? Jeder beruft sich auf sein Recht auf Freiheit; doch inwieweit achtet er das Recht des anderen? Unter Berufung auf Freiheit werden unsittliche Scheußlichkeiten angepriesen und die Brutalität des Stärkeren verherrlicht — und die Masse unseres Volkes schweigt. Die Freiheit ist ein empfindliches Gut, der Mensch verliert sie nicht erst im Gefängnis.

Über die soziale Wirklichkeit wird im Wohlstand zu wenig gesprochen. Wir wollen mit unseren wirklichen Problemen nicht konfrontiert werden, weil wir um unsere Ruhe und Behaglichkeit fürchten. Wir übersehen — bewußt oder unbewußt — offenkundige und verborgene Notstände, ungelöste Schwierigkeiten und krasse Ungerechtigkeit. Gewiß sieht Not in der heutigen Zeit anders aus als früher. Dank unserer modernen Sozialgesetzgebung gibt es immer seltener die elementare Not des Hungers. Aber leben nicht unter uns viele verschämte Menschen, die Leistungen der sozialen Hilfe nicht in Anspruch nehmen? Sie scheuen sich, zu den Sozialämtern oder zu caritativen Verbänden zu gehen, weil sie dort offenbaren müßten, daß sie am Wohlstand nicht teilhaben.

Die Notstände in der sozialen Wirklichkeit unserer Zeit sind andere als früher. Jemand, der reich ist, der Macht hat, kann hilflos und hilfsbedürftig sein: in einer zerrütteten Ehe, mit einem versagenden Kind, als Rauschgiftsüchtiger, als Einsamer in der lauten Welt, als Trinker, als Neurotiker, als Kranker, als Verlassener. Viele von diesen „Armen unserer Gesellschaft“ werden in die Situation eines Randgruppenseins hinausgedrängt. Dieser Not unserer Tage ist kaum mit Geld zu begegnen, sondern nur mit der solidarischen Hilfe der Mitmenschen.

Andere Gruppen von Menschen stoßen wir aus

Wer kümmert sich von Mensch zu Mensch um die etwa 90 000 Nichtseßhaften, die ruhelos von Stadt zu Stadt unterwegs sind — belastet mit einem persönlichen Schicksal, das sie zerbrochen hat? Wer nimmt den Straftlassenen auf in sein Haus, sein

Geschäft oder seinen Betrieb und gibt ihm die Chance, sich ein neues Leben aufzubauen?

Erbarmungslos verhalten wir uns gegen die psychisch Kranken! Wer einmal in einer Heilanstalt war, hat große Schwierigkeiten, wieder in das normale Leben zurückzukehren, selbst wenn sich seine Erkrankung so weit gebessert hat, daß er außerhalb der Mauern einer Heilanstalt leben kann.

Mehr als eine halbe Million Menschen leben in der Bundesrepublik als Obdachlose in meist erbärmlichen Verhältnissen, und man bezeichnet sie schlechthin als „Asoziale“. Daß mehr als die Hälfte von ihnen aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, in die Obdachlosenunterkünfte geraten sind, nimmt man nicht zur Kenntnis, ebensowenig die Tatsache, daß fast 70 v. H. der Obdachlosen Kinder und Jugendliche sind. Mögen in manchen Fällen ihre Eltern versagt haben, was können die Kinder und Jugendlichen dafür, daß sie, auf kleinstem Raum zusammengepfercht, menschenunwürdig leben müssen! Wir lassen es zu, daß wegen der Milieuschädigung mehr als 40 v. H. dieser Kinder Sonderschulen besuchen müssen, obwohl sich ihre Intelligenz nicht von der in normalen Verhältnissen lebender Kinder unterscheidet, von denen nur 4 v. H. in eine Sonderschule gehen.

Zu unserer sozialen Wirklichkeit gehören neben Randgruppen gewichtige Minderheiten, die nicht zu ihrem Recht kommen.

So leben z. B. kinderreiche Familien in zu kleinen Wohnungen. Als Mieter sind sie selten erwünscht.

Die ausländischen Arbeitnehmer, die wir als „Gast“-Arbeiter bezeichnen, behandeln wir nicht als Gäste. Wir nutzen sie nicht selten aus, erschweren die Zusammenführung ihrer Familien oder machen diese sogar unmöglich. Viele ihrer Kinder werden nicht zur Schule geschickt oder haben keine Möglichkeit, am Schulunterricht teilzunehmen. Häufig müssen die ausländischen Arbeitnehmer in Barackenvierteln oder abbruchreifen Häusern leben, und in manchen Fällen werden von ihnen Mieten verlangt, die nur als wucherisch bezeichnet werden können. Die meisten von uns schweigen zu diesen Zuständen. Da man mit den Randgruppen und Minderheiten als Wähler nicht rechnet, sind sie für manche Politiker uninteressant. Nur schwer können sie ihre eigenen Anliegen selbst zur Geltung bringen. Mehr als bisher müssen wir uns deshalb zu ihrem Sprecher machen.

Und schließlich schweigen wir über einen Notstand, der trotz eines erfreulichen Engagements der Jugend schon heute gefährliche Formen angenommen hat und, wenn die Entwicklung so anhält, sich noch weiter vergrößern wird: den Mangel an Hilfs- und Pflegekräften, an Erzieherinnen und Erziehern, an sozialen Berufen schlechthin. Wer wird in Zukunft unsere Kranken und unsere pflegebedürftigen alten Menschen versorgen? Wer wird sich um die wachsende Zahl von Behinderten und gefährdeten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen kümmern? Auch diese Ausfallserscheinungen sind ein „Preis“ unseres Wohlstandes.

Wege und Möglichkeiten der Hilfe

Geben wir es ehrlich zu: Wir sehen jene Menschen nur ungern, denen es versagt ist, am Wohlstand teilzunehmen und sich daran zu erfreuen. Ohne Zweifel sind wir nicht deshalb befangen, weil wir befürchten, wir müßten zum hundertsten Male den Geldbeutel ziehen, um zu spenden. Das ist es nicht. Denn daß wir alle miteinander nicht ängstlich auf unser Geld bedacht sind, kann jedermann an den hohen Summen ablesen, die Jahr für Jahr den Werken „Misereor“ und „Adveniat“, den caritativen Sammlungen und Sonderkonten zuströmen, die eingerichtet werden, wenn es irgendwo auf der Welt zu einer Katastrophe gekommen ist. Die Geldebörse sitzt bei uns gar nicht so fest, Gott sei Dank nicht. Aber mögen wir noch so viel spenden, es geht letztlich um unser persönliches Helfen von Mensch zu Mensch. In den Notleidenden und Ausgestoßenen begegnet uns Christus, der die Liebe „das große und erste Gebot“ (Matth. 22, 38) genannt hat.

Es stören uns die Randgruppen und Minderheiten. Der Anblick der Belasteten verdirbt uns die Ruhe. Sie sind die lebende

Mahnung, damit zu rechnen, daß uns über kurz oder lang ein Gleiches widerfahren kann. Wer mag eine solche Mahnung schon! Kommt doch das Dunkle immer noch früh genug. Besonders menschlich ist diese Haltung allerdings nicht, und sie ist vor allem der Jugend ein Ärgernis, die einen Sinn für Gerechtigkeit hat. Diese hat uns im Verdacht, wir hätten das viele Geld nur aufgebracht, um uns auf eine unpersönliche Weise von der Verantwortung für die Betroffenen loszukaufen. In solcher Kritik steckt ein gehöriges Maß an Wahrheit.

Da der einzelne von uns nicht den Mut und nicht die Kraft hat, sich dem allgemeinen Verhalten zu widersetzen, müssen wir uns solidarisieren. Wenn in dieser Solidarität jeder an seinem Platz anfängt und die Kranken, die Pflegebedürftigen, die Alten, die Ausländer, die körperlich, geistig oder rechtlich Benachteiligten annimmt wie die Wohlanscheinlichen, die Erfolgreichen, die Geehrten und die Mächtigen, dann geht es bald menschlicher zu. Haben wir erst einmal die Scheu vor den Menschen, die in den Schatten geraten sind, überwunden, dann fällt es uns allen leichter, uns regelmäßiger und genauer über die Lage der Mitbürger, die benachteiligt sind, zu informieren. Wir werden vor der sozialen Wirklichkeit die Augen einige Male weniger schließen als bisher. Vielleicht gelingt es uns dann auch, Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehanstalten dahin zu bekommen, den Menschen zu zeichnen, der auch von Leid und Tod weiß.

In dem Maße wie wir, die wir im Wohlstand leben, den Anblick und die Nähe der Kranken, der Alten und der sonstwie Betroffenen nicht fliehen, dürfte es leichter sein, Menschen dafür zu gewinnen, Kranken und Alten zu dienen. Auch die Behinderten und Benachteiligten sind Teil unserer Welt. Mag der Wohlstand noch so zügig wachsen, Arme und Belastete haben wir unter uns, solange es Menschen gibt. Es ist ander Zeit, jene Feigheit in uns zu bekämpfen, die die Welt nicht sehen will, wie sie ist. Junge Menschen widersetzen sich dem Zwang, mit dem die Gesellschaft zu Karriere und Erfolg zu verpflichten scheint, und stoßen sich an einem Bildungssystem, das ihrem Urteil nach allzu ausschließlich auf individuellen Aufstieg und materiellen Erfolg hin ausgerichtet ist. Diese Haltung gibt die Chance, der nachwachsenden Generation einen höheren Sinn für das Ver-

hältnis von Mensch zu Mensch zu vermitteln. So wie sich unser Verhalten ändert, ändert sich das Bild des Menschen, das im Bildungssystem vermittelt wird; so wie sich das Bildungssystem umstellt, ändert sich das allgemeine Verhalten des Menschen.

Jeder Schritt, den wir tun, um uns in unbefangener Weise zu den Belasteten zu bekennen, trägt dazu bei, daß andere sich zu ähnlichen Schritten entschließen. Deshalb sollten wir vereinbaren, auch die alltägliche Möglichkeit zu nutzen. Gewiß ist der Nächste zumeist der Schwierigste; dennoch fängt es hier an: die kleinen Hilfen zu Hause, in der Nachbarschaft und im Betrieb sollten sich verstärken. Mitbürger, die durch ihr körperliches Befinden oder durch das geltende Recht ihr Können nicht voll auszunutzen vermögen, sollten bessere Möglichkeiten erhalten, sich nützlich zu machen. Viele von uns sind befähigt, eine Zusammenarbeit zu organisieren, so daß es nur eines Anstoßes bedürfen sollte, zahlreiche Kräfte in den Dienst der Mitmenschlichkeit zu stellen. Ähnliches gilt hinsichtlich vieler Frauen, deren Kinder selbständig geworden sind. Für die einzelne Frau ist es oft schwer, den rechten Ansatzpunkt für ihre Hilfsbereitschaft zu finden. Wieder müßte einige Vorarbeit geleistet werden.

Studenten der Theologie, die einmal in den Dienst der Kirche treten wollen, sollten — sofern sie das nicht bereits tun — eine Zeit der Hilfe an den Kranken, den Alten, den Behinderten, den Ausländern in ihre Ausbildung einschieben und sich damit als Mensch zum Menschen bekennen.

Wir wissen, daß sich viele von uns in erheblichem Maße hauptamtlich oder nebenamtlich dem Dienst am Mitmenschen verpflichtet fühlen. Ihnen allen schulden wir Dank und Anerkennung. Doch wenn wir die Aufgaben der Zukunft meistern wollen, muß ohne Zweifel mehr geschehen. In zahlreichen Verbänden, Pfarrgemeinden und Dekanaten bieten sich konkrete Möglichkeiten an, Aufgaben, die wir beispielhaft angedeutet haben, bewußt zu machen und sie im solidarischen Bemühen anzugehen. Dann wird die Gesellschaft der Wohlhabenden, in der wir leben dürfen, nicht mehr so oberflächlich sein; es geht menschlicher in ihr zu. Jeder von uns muß unpathetisch aufs neue beginnen. Denn wenn nicht jeder an seiner Stelle anfängt, ändert sich das Ganze nicht.

Der Brief Pauls VI. über den Päpstlichen Rat für Entwicklungshilfe

Als der Brief Papst Pauls VI. an Kardinalstaatssekretär Villot vom 15. Juli 1971 über die Gründung des Päpstlichen Rates „Cor unum“ veröffentlicht wurde, war die Augustnummer der Herder-Korrespondenz bereits im Druck. Wegen der Bedeutung dieses Briefes, auf den man sich künftig bei der Koordinierung kirchlicher Entwicklungshilfe noch oft berufen dürfte (vgl. d. Heft, S. 421), holen wir die Veröffentlichung nach. Da der von verschiedenen Presseorganen publizierte Text diverse Ungenauigkeiten enthält, haben wir die Übersetzung anhand der lateinischen und italienischen Fassung (vgl. „Osservatore Romano“ 23. 7. 71) nochmals überprüft.

Herr Kardinal!

Die Liebe macht es uns zur Pflicht, die gesamte Menschheitsfamilie zu gegenseitiger und aufrichtiger Hilfeleistung aufzurufen. Deswegen verfolgen wir seit geraumer Zeit einen neuen Plan, den viele auch von uns gefordert haben. Da dieser bestens mit den Aufgaben übereinstimmt, die die Kirche aufgrund ihrer Sendung in der heutigen Welt zu erfüllen hat, möchten wir Sie, Herr Kardinal, der mehr als andere unsere Sorgen kennt und teilt, geflissentlich darüber informieren. Es geht um das Vorhaben, durch das dafür gesorgt werden soll, daß in dem weitgespannten Rahmen der christlichen Solidarität unter den Völkern und der von wirklicher Liebe getragenen Förderung menschlichen Fortschritts alle Bemühungen und Initiativen der Kirche untereinander enger verbunden werden. In Verbindung mit dem Papst in Rom, der über die zuständigen

Ämter der römischen Kurie, über die älteren und über die in neuerer Zeit geschaffenen, seine weltweite Mission für die Ausbreitung des Evangeliums und für die Förderung der Menschenwürde auszuüben sucht, können auf diese Weise sowohl alle Bischöfe der Welt als auch die katholischen Einrichtungen, die sich den Werken der Wohltätigkeit und Hilfeleistung widmen, mit vereinten Kräften zur Verwirklichung dieser vornehmen Ziele zusammenarbeiten. Es scheint uns deshalb angezeigt, einen Rat einzusetzen, der dem ganzen Volk Gottes eine gemeinsame Gelegenheit bietet, die oben erwähnten Fragen über die Förderung der Verbundenheit und des Fortschritts der Menschen nach den unwandelbaren Grundsätzen des Evangeliums zu behandeln.

Diese Gründung ist sicher notwendig aufgrund der wachsenden Bedürfnisse, die wir in unseren jüngst verfaßten Apostolischen Schreiben „Octogesima adveniens“ dargelegt haben, um die aufgeworfenen Fragen im Lichte der Lehre Christi zu beleuchten und dem Menschen mit Gottes Hilfe immer wirksamere Unterstützung zur Lösung der Probleme zu bieten, die heute auf ihnen lasten.

Wie in den vergangenen Jahrhunderten sieht es die Kirche auch heute als ihre Pflicht an, den Menschen mit Hingabe und in ganz humaner Gesinnung zu dienen. Denn sie wurde ja vom Sohne Gottes gegründet, „der in die Welt gekommen ist, nicht um bedient zu werden, sondern um zu dienen“ (Matth. 20, 28). Sie will diesem Beispiel folgen nach einem Wort des heiligen Augustinus: „Das christliche Volk zeichnet sich durch diesen